



An die bayerische Presse

BAYERISCHER LANDKREISTAG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Pressemitteilung
20. Oktober 2005

Bundespräsident Dr. Horst Köhler empfängt bayerische Landräte in Berlin

Im Rahmen des diesjährigen Landräteseminars hielten sich die bayerischen Landräte auch am Tage der Konstituierung des neugewählten Deutschen Bundestags in Berlin auf.

Am Vorabend, den 17.10.2005, wurden sie vom Bundespräsidenten Dr. Horst Köhler empfangen, der sich für Gespräche über eine Stunde Zeit nahm (s. Bild).



Bundespräsident Dr. Horst Köhler (Bildmitte), Präsident des Bayerischen Landkreistags Landrat Theo Zellner, Cham, Erster Vizepräsident Landrat Roland Schwing, Miltenberg (rechts bzw. links vom Bundespräsidenten), Zweiter Vizepräsident Landrat Herbert Eckstein, Roth, (ganz links) und Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags Johannes Reile (rechts im Bild).

Am 18.10.2005 war Gelegenheit auch mit Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber in der Bayerischen Vertretung in Berlin kurz zu sprechen.

Postfachadresse:
Postfach 34 02 63
80099 München

Telefon:
Vermittlung
(089) 28 66 15-0

Telefax:
(089) 28 28 21

Internet und e-mail-Adressen:
www.bay-landkreistag.de
info@bay-landkreistag.de

Hausadresse:
Kardinal-Döpfner-Str. 8
80333 München

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner aus Cham, nutzte die Gelegenheit, die gegenwärtig wichtigsten Anliegen der bayerischen Landkreise an die Bundespolitik bei beiden hohen Persönlichkeiten anzusprechen.

Hierzu zählen unter anderem die Gemeindefinanzreform mit dem Ziel, die Struktur der Kommunalfinanzen neu zu ordnen und die Finanzausstattung zu vergrößern und zu verstetigen.

Mit einem Gesetz zur Kostenentlastung der Kommunen im Sozial- und Jugendhilfebereich sollen dringend notwendige Gestaltungsfreiräume für Kommunen eröffnet werden.

Die wegen unzutreffender Zahlen und unrealistischer Grundannahmen seitens des Bundes den bayerischen Landkreisen durch die sogenannte Hartz-IV-Reform entstehenden erheblichen Defizite im Finanzgefüge müssen unverzüglich ausgeglichen werden, um einen Haushaltskollaps bei Landkreisen zu vermeiden.

Im Übrigen wurde die Wiederaufnahme der Föderalismusdiskussion angemahnt. Ziel sollte dabei sein, eine unmittelbare Aufgabenzuweisung an die Kommunen durch den Bundesgesetzgeber nur für zulässig zu erachten, wenn ein auskömmlicher finanzieller Ausgleich sichergestellt wird. Damit wäre auch der bayerische Grundsatz gewährleistet: „Wer anschafft, zahlt.“

Die Presseinformationen des Bayerischen Landkreistags gibt es auch im Internet:
<http://www.bay-landkreistag.de>